45. Zur Auslegung der Tarifnummer 11 d des Reichsstempelgesetzes
— RStG. — vom $\frac{15. \text{Juli } 1909}{14. \text{Februar } 1911}$ (RGBl. S. $\frac{888}{39}$).

V. Straffenat. Ur. v. 29. Januar 1917 g. B. V 710/17.

I. Landgericht III Berlin.

Aus den Gründen:

Nach Tarifnummer 11d Abs. 1, 3 und 4 RStG. in Verbindung mit § 88 Abs. 4 unterliegt die Auflassung einem nach dem Werte des veräußerten Gegenstandes oder, wenn der Wert der vereinbarten Gegenleistung höher ist, nach letzterem zu berechnenden Stempel; es sei denn, daß die das Veräußerungsgeschäft enthaltende, in stempelpflichtiger Form ausgestellte Urkunde vorgelegt wird und sich aus ihr das Rechtsgeschäft so ergibt, wie es unter den Beteiligten hinsichtlich des Wertes der Gegenleistung verabredet ist.

Dementsprechend hat die Strafkammer die vom Angeklagten und dem Mitangeklagten F. am 4. Oktober 1911 vor dem Amtsgericht in V. vorgenommene Auflassung mit Rücksicht darauf für stempelpflichtig erachtet, daß dem Amtsgericht nur der am 3. Oktober 1911 vor Notar C. verlautbarte Kaufvertrag und nicht auch der Abtretungsvertrag vor Notar S. vom 4. desf. Mts. vorgelegt worden ist. Allerdings ist in ersterem Vertrage der Kaufpreis der seitens des Angeklagten aufzulassenden Grundstücke auf 210 000 M angegeben, während in dem zweiten, ebenfalls vor der Auflassung getätigten, Vertrage von den nämlichen Grundstücken nur insofern die Rede ist, als darin der Angeklagte gegen ein Entgelt von 150 000 M an den Ankäufer der Grundstücke noch die Rechte abtritt, die er am 28. Juli 1904 der Grunderwerbs- und Baugesellschaft zu B. gegenüber erworben hatte. Aber weder dieser noch der zugleich von der Revision hervor gehobene Umstand, daß es sich bei den im Jahre 1904 erworbenen Rechten um bloß persönliche Ansprüche des Angeklagten handelt, steht rechtlich der Annahme des Landgerichts entgegen, daß als Kaufpreis der Grundstücke in Wirklichkeit nicht der Betrag von 210 000 M, sondern die Summe von 360 000 M vereinbart worden ist. Diese Annahme ist nach den §§ 260, 376 StPD. für das Revisionsgericht ebenso maßgebend wie die weitere tatsächliche Feststellung, daß ein Kaufpreis von 360 000 M um deswillen vereinbart wurde, weil allein insofern der im Jahre 1904 erworbenen Ansprüche, namentlich des Anspruchs des Angeklagten auf Kanalisations- und Wasserleitungsanschluß, die volle bauliche Ausnutzung der Grundstücke ermöglicht und damit ihr früherer Wert von 210 000 M auf 360 000 M erhöht worden war. An dem hiernach vorliegenden Sachverhalt müssen die von der Revision gemachten Rechtsausführungen scheitern. Insbesondere kommt es nicht darauf an, daß der vom Landgericht nachgewiesene wirtschaftliche Zusammenhang der durch den Vertrag vom 4. Oktober 1911 abgetretenen Rechte mit den veräußerten Grundstücken kein rechtlicher im Sinne des § 96 BGB. ist.